



NRW-Info



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland
LV NRW e.V.

www.bund-nrw.de

BUND-INFORMATIONEN AUS NORDRHEIN-WESTFALEN

Mai 2009

+++ Inhalt: Gentechnikfreies NRW; BUND-Studie zur Putenmast - S. 1 +++ Boom bei Hähnchenfabriken - S. 3 +++ Gewerbegebiet contra Biber; „Parkautobahn“ A 42 - S. 4 +++ Land verschärft Eifelwald - S. 5 +++ BUND-Kraftwerks-Klage vor dem EuGH; Das AVR-Desaster - S. 6 +++ Bundesrichter entscheiden über A4-Klage; Schmetterlinge mögen's bunt - S. 7 +++ BUND-Landesdelegiertenversammlung 2009; kurz und bünd; Impressum - S. 8 +++



BUND-Erfolg:

NRW ohne Gentechnik

Genmais MON 810 gestoppt - keine Freisetzung in Werne

Im Jahr 2009 wird in Nordrhein-Westfalen kein Genmais ausgesät. Nachdem schon das amtliche Standortregister für dieses Frühjahr keinen Anbau mehr ver-

laufen ist und offenbar keine Neubeantragung erfolgte, bleiben damit erstmals seit mehreren Jahren wieder alle NRW-Äcker gentechnikfrei.

Dies ist eine gute Ausgangsbasis für unsere Arbeit, und es ist ein großer Erfolg der vielfältigen genkritischen Aktivitäten im Land. Überall dort, wo zuletzt Genmais angebaut wurde, schlossen sich Bauern, Umweltschützer, Imker und viele andere zu Protesten zusammen; auch der BUND hat sich stets in vorderster Reihe eingemischt. Gleich mehrere westfälische Ölmühlen, darunter die größte deutsche Ölmühle Bröckelmann in Hamm, erklärten, dass sie Ernten mit Gentechnik-Rückständen von der Verarbeitung ausschließen. Der Einsatz hat sich gelohnt!

Bei aller Freude über das bisher Erreichte: Die Agrogenotechnik stellt auch in den nächsten Jahren eine der größten Herausforderungen in Sachen Landwirtschaft und Naturschutz dar. Wir wissen hierbei den Großteil der VerbraucherInnen hinter uns. Ganz aktuell stehen neue Auseinandersetzungen um Anträge auf Zulassung weiterer Sorten von Genmais bevor. (rb)

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/landwirtschaft_gentechnik/



Erfolgreicher BUND-Widerstand: NRW bleibt auch in 2009 gentechnikfrei!
Foto: D. Jansen

meldete, hat Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner nun die Aussaat des Genmais MON 810 bis auf weiteres komplett verboten. Sie bestätigte damit die von BUND und vielen anderen seit langem vorge-

brachten Bedenken gegen die Gentechnik-Pflanze, deren Anbau ihr Amtsvorgänger Seehofer zuvor zugelassen hatte, Jahre später verbot und anschließend erneut zuließ. Da zwischenzeitlich auch die 10-jährige Genehmigung für die Freisetzung von Genmais in Werne (Kreis Unna) ausge-

BUND-Studie zur Putenmast

Miserable Tierhaltung - Kontrolldefizite - Ramschpreise

Anfang März gaben die Discounter Aldi, Lidl & Co. neue Preissenkungen für Fleischwaren bekannt. Demnach wurden u.a. Putenbrustfilets um mehr als 10% billiger. Unter welchen Umständen ein derartiges Verramschen von Fleisch überhaupt möglich ist, zeigen sie ungern, denn viele Kundinnen und Kunden würden sich angewidert abwenden.

Eine aktuelle BUND-Studie zur Situation in den heimischen Putenmastanlagen zeigt: Der Großteil der mehr als 1,3 Mio. Puten in NRW wird weiterhin in Intensivmast und alles andere als tiergerecht gehalten. Die Ställe sind durchweg zu eng, es fehlt an Auslauf und nahezu allen Tieren wird der Schnabel gekürzt. Bereits im Jahr 2003 hatte der BUND erhebliche Missstände aufgezeigt, ohne dass sich bis heute etwas zum Guten geändert hätte.

Besonders problematisch sind die unverändert hohe Besatzdichte und die Extremzucht. Viel zu viele Tiere auf engem Raum und eine völlig unnatürliche, schnelle Gewichtszunahme führen dazu, dass die an sich lauffreudigen Tiere in der Endphase der Mast immer länger und dicht beieinander am Boden liegen. Die Einstreu im Stall kann dann kaum noch gewechselt werden und verkotet; die Tiere bepicken

sich in Folge der Monotonie oft gegenseitig und fügen sich dabei Verletzungen zu. Folge derartig intensiver Haltungsbedingungen sind zudem schmerzhaftes Skelettkrankheiten.

Weiterhin legt die Recherche Defizite bei der Überwachung des Tierschutzes durch die Behörden offen. Während dem Hochsauerlandkreis die Bestandsgrößen und Besatzdichten in den von ihm zu überwachenden Ställen nicht bekannt sind, liegen den Kreisen Kleve, Borken und Warendorf nach eigenen Angaben keine systematisch erhobenen Informationen über den Gesundheitszustand der Puten vor.

Bei seiner Recherche wandte sich der BUND an jene zehn Kreise in NRW mit der größten Anzahl



an Putenmastanlagen. Als der BUND im Jahr 2003 die Missstände in den Ställen publik gemacht hatte, reagierte das Landwirtschaftsministerium darauf mit einer eigenen Überprüfung und bestätigte die BUND-Ergebnisse auf ganzer Linie, was letztlich zu einer Bundesratsinitiative der Länder NRW und Schleswig-Holstein zur Verbesserung der Putenhaltung führte. Diese wurde nach den Regierungswechseln in Düsseldorf und Kiel ersatzlos ‚einkassiert‘ - doch die Probleme blieben. Der BUND fordert deshalb erneut rechtsverbindliche Mindeststandards für die Haltung von Mastputen, deutliche Verbesserungen der amtstierärztlichen Kontrollen sowie ein Verbot extrem schnellwüchsiger, schwergewichtiger Zuchtlinien. (rb)

Mehr Infos: Das Hintergrundpapier "Putenhaltung in NRW - Ergebnisse einer BUND-Recherche 2009" sowie die Antworten der Behörden gibt's unter www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/landwirtschaft_geotechnik/



Fantasievoller Protest gegen den Boom bei Hähnchenmastanlagen: In Wesel und Köln verpackten sich Mitglieder der BUNDjugend als lebendes Sonderangebot.

Fotos: U. Wevers



Kontroverse um Biopute

Putenmast auch Schwachstelle in Ökobetrieben?

Alles bio, alles gut? Dass auch der Ökolandbau nicht vor Fehlentwicklungen gefeit ist, zeigte sich kürzlich am Beispiel eines ostwestfälischen Bio-Geflügelzüchters, der seine Puten mit konventionellem Futter mästete und als ‚bio‘ vermarktete. In der allgemeinen Empörung über diesen Betrug stieß der BUND eine weitere kontroverse Diskussion an: Kann es in Öko-Betrieben überhaupt eine tierschutzgerechte Putenhaltung geben, solange mangels echter Alternativen auch hier oft auf überzüchtete, schnellwachsende Tiere gesetzt wird? Bedarf es vielmehr eines Moratoriums in der Bio-Putenzucht, bis robustere Rassen zur Verfügung stehen? Gerade weil der Ökolandbau unser Leitbild ist, werden wir auch künftig derart unbequeme Diskussionen führen! (rb)

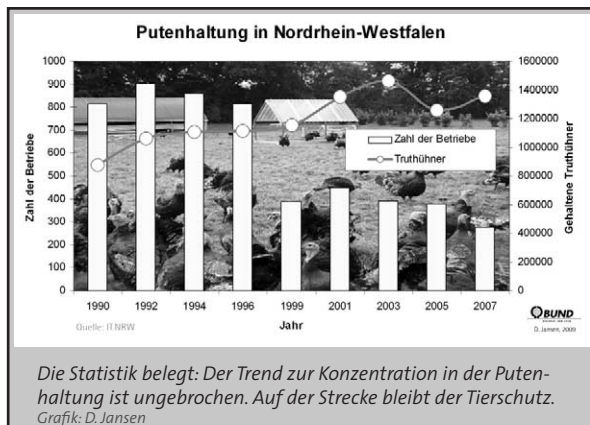
Landesweit neue Mastanlagen geplant

Hähnchenfabriken boomen

Ich wollt, ich wär kein Huhn“ - unter diesem Motto unterstützt die BUNDjugend die BUND-Aktivitäten gegen Hähnchenfabriken im Lande. Der Hintergrund: Vom Rheinland bis nach Ostwestfalen ist die Zahl der Anträge für den Bau von Hähnchenmastanlagen sprunghaft angestiegen. Gleich mehrere BUND-Gruppen mischen sich derzeit mit Stellungnahmen, Veranstaltungen und bunten Aktionen in die öffentliche Diskussion ein. Neben den schlechten Haltungsbedingungen für die Tiere sind es vor allem Geruchbelästigungen, Sorgen um die eigene Gesundheit und eine Zerstörung der Landschaft, die selbst in den traditionellen Tierhaltungsregionen NRW nicht mehr widerspruchslos hingenommen werden.

So zeigt die BUND-Kreisgruppe Düren gemeinsam mit einer Bürgerinitiative einem Vorhaben in Müldersheim die rote Karte. In vier neuen Mastanlagen für jeweils 40.000 Hähnchen sollen hier mehr als 1 Millionen Tiere pro Jahr im Fließbandverfahren ‚produziert‘ werden. Fachlich fundiert wies der BUND erhebliche Defizite und methodische Mängel bei der ökologischen Bestandsaufnahme nach und bewirkte damit, dass nun zunächst ein faunistisches Gutachten eingeholt werden muss. Im Plangebiet brüten neben Feldlerchen und Rebhühnern die in NRW vom Aussterben bedrohte Grauammer sowie ganz in der Nähe die letzten rheinischen Wiesenweihen. Doch noch ist die Anlage nicht vom Tisch.

Auch am Niederrhein boomt die Hähnchenmast. In Schermbeck soll eine neue Anlage mit 39.900 Tierplät-



zen entstehen – ohne Umweltverträglichkeitsprüfung und formelle Öffentlichkeitsbeteiligung. Nur 200 Meter entfernt betreibt der Antragssteller bereits eine Mastanlage mit 24.000 Tieren, in rund 800 m Entfernung werden in einer weiteren Anlage 40.000 Hähnchen gemästet. Wie schon in Düren wies auch hier der örtliche BUND Fehler im Gutachten nach; es musste darauf hin neu erarbeitet werden und zeigt nun wiederum neue Ungereimtheiten.

Großartige Unterstützung gab es hier von dem Aktivpool der BUNDjugend NRW: Nur mit hautfarbener Unterwäsche bekleidet wickelten sich Jugendliche bei winterlichem Wetter auf Styroporplatten in Frischhaltefolie ein und stellten so selber die blassen nackten Hühnerleiber in der Kühltheke im Supermarkt dar. Etikett draufgeklebt, fertig! Einen Tag später erweckten sie mit ihrer Aktion in Köln Aufmerksamkeit. (rb)

BUND klagt gegen Kreis Kleve Gewerbegebiet contra Biber

Der Tweestrom genannte Altrheinarm in Kleve ist für den Naturschutz von großer Bedeutung. Er ist nicht nur Lebensraum des seltenen Bibers, sondern gleichfalls Teil einer wichtigen Biotopverbundachse. Doch jetzt soll er zur Erweiterung eines Gewerbebetriebs auf einer Länge von 400 m zugeschüttet werden. Für die Naturschützer von BUND und NABU ist das ein Unding, zumal die Genehmigung gegen zahlreiche gesetzliche Vorgaben verstößt. Deshalb hat der BUND-Landesverband beim Verwaltungsgericht Düsseldorf

Klage gegen den Kreis Kleve eingereicht und die Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses beantragt.

Für den BUND-Landesvorsitzenden Paul Kröfges ist der Fall „ein Paradebeispiel für eine schlampige Planung“. Zwar wurde für die geplante Gewässerzuführung pro forma ein Planfeststellungsverfahren nach dem Wasserhaushaltsgesetz durchgeführt, die Auswirkungen auf geschützte Tierarten wurden indes erst gar nicht ermittelt. Dabei liegen gesicherte Biber-Nachweise vor und auch für Eisvogel, zahlreiche Amphibien und seltene Fischarten wie Steinbeißer, Groppe und Bitterling ist der Biotop von großer Bedeutung. Dazu stellt der Tweestrom die einzige Verbindung des europarechtlich geschützten FFH-Gebiets ‚Rindernsche Kolke‘ mit dem Landschaftsschutzgebiet ‚Kermisdahl‘ dar.

Als Ausgleich für diesen gravierenden Eingriff sieht der Planfeststellungsbeschluss lediglich einen Entwässerungsgraben vor, der nach Ansicht des BUND keine der erforderlichen ökologischen Funktionen erfüllen kann. Die Ignoranz der Behörden gipfelte dabei in der Feststellung, dass die Beseitigung eines Gewässers keine Verschlechterung des Gewässerzustandes darstelle, da das Gewässer dann schließlich nicht mehr existiere.

Die BUND-Klage sorgte vor Ort für heftige Diskussionen. Die Reaktion des Vorhabensträgers ließ auch nicht lange auf sich warten. Jetzt wird mit dem Erhalt von Arbeitsplätzen argumentiert, was beim BUND nur noch Kopfschütteln auslöste. Mit diesem „Totschlag-Argument“ soll offenbar nachträglich ein Genehmigungsverfahren nach Wild-West-Manier legitimiert werden. Dabei hätte der Streit durch eine gesetzeskonforme naturschutzfachliche Planung unter Einbeziehung der Standortalternativen vermieden werden können.

Der BUND ist optimistisch, dass es dank der großartigen Unterstützung durch die Klever Umweltschützer von BUND und NABU gelingen wird, den Planungsirrsinn zu Lasten der Natur zu stoppen. (dj)

Mehr Infos:
www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/naturschutz/

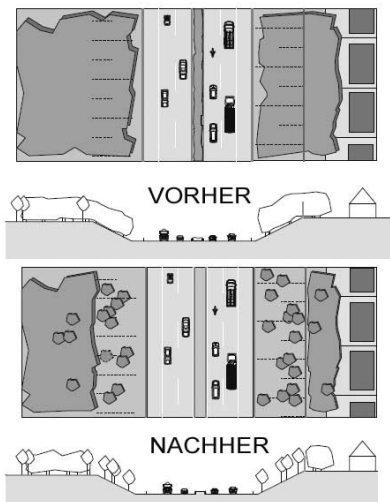
Der Biber steht auf der „Roten Liste“ für NRW und ist eigentlich streng geschützt. Im Tweestrom findet er (noch) eine Heimat.

Fotos: A. Barkow, J. Bredehorn/pixelio.



Kahlschläge für die Kulturhauptstadt Ruhr „Parkautobahn“ A 42

Im Eilverfahren haben Planer des Verkehrsministeriums – mit Unterstützung des Umweltministers – aus der viel befahrenen A 42 die so genannte „Emscher PARKautobahn“ zu zaubern versucht. Anlass hierzu sind die 2010 stattfindenden Feierlichkeiten zur Kulturhauptstadt „Ruhr.2010“. Dort, wo entlang der Trasse jahrelang keinerlei Pflegemaßnahmen mehr stattgefunden haben, soll nun in kurzer Frist - nach bereits vollzogenen massiven Kahlschlägen und Eingriffen in die trotz



Quelle: www.parkautobahn.de

„Welt-Attraktion“ zu verkaufen und die Planer schrecken dabei nicht einmal vor dem Vergleich mit dem Potsdamer Park „Sanssouci“ zurück.

Der BUND-Landesvorstand forderte in Schreiben an die beiden verantwortlichen Minister, dass die NRW-Naturschutzverbände an den Planverfahren beteiligt werden. Kurzfristig wurden daraufhin zwar die Landschaftsbeiräte vor Ort von den Planungen in Kenntnis gesetzt - und in fast allen Fällen lehnten diese sie ab. Aber nach wie vor schließt man die Landesnaturschutzverbände von den Verfahren aus. Die Antwort des Umweltministers Eckard Uhlenberg auf unseren erneuten Protest hierzu steht noch aus. Der neue Landesverkehrsminister Lutz Lienenkämper ließ hingegen lapidar mitteilen, dass er nicht zuständig sei.

Der BUND-Landesverband hat inzwischen eine Koordinierungsgruppe sämtlicher betroffener BUND-Kreis- und Ortsgruppen gebildet, die immer noch auf eine Einladung des Umweltministeriums zu einer Vor-Ort-Bereisung wartet. Viele mit den Planungen zusammenhängende Fragen sind nicht bzw. unzureichend beantwortet. Wie will man z. B. rechtfertigen, dass die Fördergelder ÖPEL (Ökologieprogramm Emscher-Lippe) anstatt ihrem ursprünglichen Verwendungszweck nun den Eventmaßnahmen mit Tausenden Baumfällungen entlang der A 42 zugeführt werden sollen?

Eine zentrale Forderung des BUND, auf der gesamten A 42 ein Tempolimit von 80 km/h zugunsten einer Reduzierung von Lärm- und Luftemissionen festzusetzen, wurde bisher von den Verantwortlichen nicht zur Kenntnis genommen. (hm)

Weitere Infos: Horst Meister, Sprecher des BUND Landesarbeitskreis Wald und Stadtbäume
horst.meister@bund.net



allein entstandene Artenvielfalt - durch neue „landschaftsgestalterische Elemente“ das Image der A 42 aufpoliert werden. Dabei spart man nicht mit Worthülsen wie „Ohrenparks“, „Landschaftsfenster“ oder Parktanksstellen“.

Es wird versucht, den BürgerInnen eine

4.000 Unterschriften gegen Waldverkauf Land verscherbelt Eifelwald

Trotz massiver öffentlicher Proteste und noch offener Fragen zum Ausschreibungsverfahren hält die Landesregierung an dem Verkauf von rund 2.700 ha Staatswald in der Eifel fest.

Zur Klärung des dubiosen Deals sollte Umweltminister Eckhard Uhlenberg am 22. April dem Umweltausschuss des Landtages in einer nicht öffentlichen Sitzung Fragen zum Kaufvertrag beantworten und die Entscheidungsgrundlagen erläutern. Zuvor hatte die „Allianz gegen den Staatswaldverkauf“ die in den letzten Wochen gesammelten 4.000 Protestunterschriften an den Minister übergeben. Neben den großen Naturschutzverbänden und der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald haben sich in der Allianz gegen den Staatswaldverkauf der Eifelverein, die Industriegewerkschaft Bauern-Agrar-Umwelt sowie der Bund Deutscher Forstleute in NRW zusammengeschlossen.

Der Einsatz war letztendlich erfolglos: Mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP wurde das Thema kurzfristig von der Tagesordnung des Fachausschusses gekippt. Begründung für diesen Geschäftsordnungstrick: Die Landesregierung habe den Landtag in dieser Sache hinlänglich informiert, und der Vorgang sei im Rahmen der Beratungen des Nachtragshaushaltes 2009 am 1. April im Plenum ausgiebig erörtert worden, so dass mit dem Beschluss zum Nachtragshaushalt die Entscheidung für den Verkauf gefallen und daher eine Beteiligung des fachlich zuständigen Umweltausschusses nicht mehr erforderlich sei.

Der Verkauf bringt so einige CDU-Strategen in die Bredouille. So geriert sich z.B. der Euskirchner Landtagsabgeordnete und Landratskandidat Clemens Pick vor Ort als Gegner des Waldverkaufs, während er im Landtag den Weg dafür frei machte. (dj)



Umweltminister Eckhard Uhlenberg (m.) nimmt die Protestschreiben aus den Händen von Horst Meister, BUND), Gerhard Naendrup (SDW), Josef Tumbrinck (NABU) und Paul Kröfges (BUND) entgegen (v.l.n.r.).

Foto: B. Königs

Klatschmohn – der Newsletter der BUNDjugend

Für alle Interessierten, die gern erfahren möchten, was in der BUNDjugend passiert, welche Aktionen, Projekte und Workshops anstehen und wo Aktive sich engagieren können, gibt es den Klatschmohn. Der E-Mail-Newsletter erscheint alle sechs Wochen und enthält sowohl Neuigkeiten aus NRW als auch aus ganz Deutschland. Abonniert werden kann der Klatschmohn auf der Startseite der BUNDjugend-Homepage www.bundjugend-nrw.de.

Über Vorschläge für Beiträge freut sich die BUNDjugend unter info@bundjugend.de.

Weitere Informationen www.bundjugend-nrw.de

BUND-Kraftwerks-Klage vor dem Europäischen Gerichtshof

Im Rechtsstreit um die Genehmigung des umstrittenen Steinkohlekraftwerks in Lünen hat der BUND vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG) in Münster einen wichtigen Etappensieg errungen. Am 5. März folgte der 8. OVG-Senat der BUND-Argumentation und legte den komplizierten Fall dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg zur Entscheidung vor. Bis zur EuGH-Entscheidung wurde das weitere juristische Verfahren ausgesetzt.

Das Gericht bemängelte insbesondere, dass der unzulässige zusätzliche Schadstoffeintrag durch das Kraftwerk in die sensiblen Naturschutzgebiete entlang der Lippe voraussichtlich zur Aufhebung der Genehmigung führen würde. Daneben äußerten die Verwaltungsrichter auch erhebliche Zweifel an der immissionsschutzrechtlichen Zulässigkeit des Vorhabens, weil insbesondere die Feinstaubbelastung im Nahbereich des geplanten Kraftwerks unzulässig hoch sei.

insbesondere die Feinstaubbelastung im Nahbereich des geplanten Kraftwerks unzulässig hoch sei.

Nur: Diese Fragen konnten in der Gerichtsverhandlung nicht entschieden werden, weil nach der deutschen Rechtslage der BUND mit

seinen Rügen ausgeschlossen war, da die verletzten Vorschriften nicht dem Schutz individueller Rechtsgüter sondern dem Schutz der Allgemeinheit bzw. der Natur dienen. Das Umweltrechtsbehelfsgesetz schränkt aber das Klagerecht des BUND explizit auf drittschützende Belange wie den Gesundheitsschutz oder Eigentumsrechte ein. Inwieweit diese Einschränkung der Klagerechte europarechtskonform ist, muss jetzt der Europäische Gerichtshof in einer Grundsatzentscheidung klären. Danach wird sich das OVG Münster erneut mit dem Fall beschäftigen müssen.

Mit der Entscheidung steht jetzt aber nicht nur das deutsche Umweltrechtsbehelfsgesetz auf dem Prüfstand. Da an etlichen weiteren geplanten Kraftwerkstandorten und bei anderen industriellen Vorhaben in ganz Deutschland die gleichen Verfahrensmängel vorliegen, ist eine Aussetzung und Überprüfung sämtlicher diesbezüglicher Verfahren angebracht. (dj)

Bitte um Unterstützung: Der BUND wird bei der Finanzierung der Klage gegen das Kraftwerk Lünen maßgeblich von der Bürgerinitiative Kontra-Kohle-Kraftwerk e.V. (BI-KKK) unterstützt. Nur mit weiteren Spenden können wir das Verfahren angemessen fortführen. Unterstützen auch Sie den Widerstand gegen den Klimakiller mit Ihrer steuerlich abzugsfähigen Spende: BUND NRW e.V., Spendenkonto: 8 204 700, Bank für Sozialwirtschaft BLZ 370 205 00, Stichwort: Kraftwerk Lünen.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/energie_klima/kohlekraftwerke/kraftwerksplanungen_nrw/luenen/



Freuen sich über den Erfolg vor Gericht (v.l.n.r.): Die Rechtsanwälte Dirk Teßmer und Tobias Kroll, BUND-Geschäftsleiter Dirk Jansen und der BUND-Landesvorsitzende Paul Kröfges.

Foto: BUND-Archiv



Jülicher Pannenreaktor wird eingemottet

Das AVR-Desaster

Im „Superwahljahr“ 2009 wird der Streit um Laufzeitverlängerungen deutscher Atomkraftwerke eines der zentralen Themen. Es geht um die Richtungsentscheidung pro oder contra Atomenergie, pro oder contra Energiewende. Auch die NRW-Landtagswahl im Jahr 2010 wirft ihre Schatten voraus. Vor allem die CDU und FDP versuchen mit fragwürdigen Argumenten, eine Renaissance der unbeherrschbaren Atomenergie herbeizureden. NRW-Energieministerin Christa Thoben hat sich in diesem Zusammenhang mehrfach für eine Wiederbelebung des Kugelhaufenreakortyps ausgesprochen. Dabei sollte sie es besser wissen. Sowohl der Pannenreaktor THTR in Hamm als auch der Betrieb des Versuchsreaktors AVR in Jülich haben nur eines gezeigt: Die Atomenergie ist und bleibt unbeherrschbar.

Im Forschungszentrum Jülich stehen seit 20 Jahren drei still gelegte Forschungsreaktoren herum. Jetzt werden sie auseinandergebaut, und das strahlende Material wird in Castoren zwischengelagert. Einer der Versuchsreaktoren hat sich dabei als besonders brisant und gefährlich erwiesen. Gut 20 Jahre – von 1967 bis 1988 – wurden mit diesem Reaktor Strom und Prozesswärme erzeugt. Dabei sind viel mehr Brennelementkugeln zu Bruch gegangen, als man erwartet hatte. Diese Bruchstücke stecken im Reaktor fest und geben starke radioaktive Strahlung ab. Außerdem haben die mit Graphit zusammen gebackenen Kugeln durch Reibung sehr viel Graphitstaub abgegeben und stark radioaktive Spaltprodukte wie Strontium-90 durch den ganzen Reaktor transportiert. Erst beim Abbauersuch wurde deutlich, dass die Ursache für die große Kontamination im bestimmungsgemäßen Betrieb des Hochtemperaturreaktors bestand. Der Reaktor wurden jahrelang mit viel zu hohe Temperaturen gefahren.

Erst nach der Katastrophe von Tschernobyl fing man an, das eigene Tun in Frage zu stellen. Wegen der systemimmanent viel zu hohen Betriebstemperaturen wurde der AVR stillgelegt. Doch der AVR kann nicht zerlegt und in ein Zwischenlager transportiert werden. Er soll deshalb unter Beton mindestens 30 Jahre, eher noch Jahrhunderte, eingeschlossen werden, ehe man den Reaktorbehälter öffnen kann. Zusätzlich muss der Reaktorbehälter aber vom ursprünglichen Standort wegbewegt werden, weil im Jahr 1978 kontaminiertes Wasser in das Erdreich neben und unter dem Gebäude gelangt ist und dieser Bereich saniert werden muss.

Trotz dieses systemimmanenten Desasters wird dieser Reaktortyp von der Atomlobby weiter favorisiert. In Südafrika, China und den USA sollen wieder Versuchsreaktoren gebaut werden und solche Reaktoren in Serie gehen -Hochrisikotechnik „made in NRW“. (DoSchu)

Mehr Infos: Unter www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/energie_klima/ steht ein ausführliches Hintergrundpapier von Dorothea Schubert zum AVR-Desaster zur Verfügung.

A4-Klage / Bechsteinfledermaus:

Bundesrichter entscheiden

Mitte Mai entscheidet der 9. Senat des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig über die BUND-Klage gegen die Ausbau und Verlegung der Autobahn A 4 im Bereich des Tagebaus Hambach. Dann werden auch

die Urteile von drei Privatklagen gegen das ebenso überflüssige wie schädliche Vorhaben verkündet.

Einen ersten Erfolg konnte der BUND schon verbuchen: Kurz vor Schluss der fast 20-stündigen mündlichen Gerichtsverhandlung am 22. und 23. April legte das beklagte NRW-Verkehrsministerium eine Planänderung vor. Diese sieht wesentlich weiter gehende Maßnahmen zum Schutz der vom Aussterben bedrohten Bechsteinfledermaus im Bereich des Fauna-Flora-Habitat-Gebiets 'Steinheide' vor. Damit versuchte das Ministerium, die drohende Niederlage vor Gericht abzuwenden.

Mit Spannung erwartet der BUND jetzt die Urteile. Sollte die A 4 trotz der Klagen dem vorrückenden Braunkohlentagebau Hambach weichen, droht nicht nur der geschützten Bechsteinfledermaus der Exitus, auch den Bürgerinnen und Bürger von Kerpen-Buir und Niederzier stünde ein wahres Horrorszenario bevor. Zu dem über 400 m tiefen Braunkohlenloch, der Bahnstrecke und der Kohletransportbahn kämen noch der Lärm und die Schadstoffe der 6-streifig ausgebauten Autobahn - und das alles direkt am Ortsrand. (dj)

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/braunkohle/tagebaue_im_rheinland/tagebau_hambach/a4_verlegung/



Der Tagebau Hambach vernichtet den Großteil des Hambacher Forstes. Der verbliebene Rest mit seinen seltenen Fledermäusen soll durch die A4 entwertet werden.

Fotos/M.: D. Jansen

BUNDjugend in Aktion

Schmetterlinge mögen´s bunt

Die Wohngebiete wachsen, und mit ihnen entstehen mehr und mehr Gärten, die von gepflasterten Flächen, kurz geschnittenem Rasen und exotischen Gehölzen dominiert sind. Unter dem Motto „Schmetterlinge mögen´s bunt“ warben zahlreiche Zukunftsscouts und Jugendliche im Rahmen des diesjährigen Aktionswochenendes der BUNDjugend daher für mehr Vielfalt im Garten. In einem Neubaugebiet in Hagen-Delstern gingen die Jugendlichen von Tür zu Tür und baten darum, einen Quadratmeter des Gartens der Natur zu überlassen. Mit einer Samenspende heimischer Blumen für Schmetterlinge machten die Jugendlichen es den Freizeit-Gärtnern leicht, etwas für die heimischen Tiere und den Erhalt der ökologischen Vielfalt zu tun. Die meisten Hausbesitzer zeigten sich interessiert und haben sich über die Anregung und Samenspende gefreut.

Die Zukunftsscouts in Aktion. Foto: U. Wevers



Auf dem Programm des Aktionswochenende vom 27. bis 29. März 2009 standen zudem vielfältige weitere Aktivitäten wie Hochseilaktionen, eine nächtliche Salamander-Exkursion, Workshops mit Infos zur Atomenergie-Nutzung und, und, und. Im Anschluss an das Aktions- und Workshopprogramm fand die Landesjugendversammlung, die Mitgliederversammlung der BUNDjugend NRW, statt. Hier wurden vier neue engagierte MitstreiterInnen in die nun wieder zehnköpfige Landesjugendvertretung, das ist der Vorstand der Jugendorganisation, gewählt.

Mehr Infos: www.bundjugend-nrw.de

BUND-Landesdelegiertenversammlung Resolution gegen den Flughafenwildwuchs

Deutliche Kritik an der Umwelt- und Naturschutzpolitik übte die Delegiertenversammlung des BUND am 26. April in Dortmund. Angesichts der anstehenden Wahlen kündigte der Verband heftigen Widerstand gegen den weiteren Abbau von Natur- und Umweltschutzstandards im Land und den Kommunen an.

Mit überwältigender Mehrheit verabschiedeten die 120 BUND-Delegierten eine Resolution gegen den Ausbau des Dortmunder Flughafens. Dieser ist Paradebeispiel des bundesweiten Flughafen-Wildwuchses. Obwohl Flugverkehr die klimaschädlichste Art der Mobilität ist und Millionen von Menschen unter dem „Krankmacher Fluglärm“ leiden, wird an zahlreichen Standorten ohne übergeordnete Planung „wild drauf-

los erweitert“. Ohne Abstimmung mit den benachbarten Flughäfen Düsseldorf, Paderborn-Lippstadt, Kassel-Calden und Münster Osnabrück soll so auch die Start- und Landebahn in Dortmund-Wickede nach dem Willen der Flughafen Dortmund GmbH um weitere 800 m auf 2800

m erweitert werden. Das Ende der täglichen Betriebszeit soll von 22:00 Uhr auf 24:00 Uhr verlängert werden. Paul Kröfges, BUND-Landesvorsitzender: „Es ist unverträglich, dass die Dortmunder BürgerInnen einen hochdefizitären Flughafen und den Expansionsdrang der Billigflieger über ihre Stadtwerke-Gebühren subventionieren müssen. Der BUND lehnt sowohl den Ausbau des Dortmunder Flughafens als auch die Verlängerung der Betriebszeiten ohne Wenn und Aber ab.“

Weitere inhaltliche Schwerpunkte der diesjährigen Landesdelegiertenversammlung waren die Wald- und Gewässerschutzpolitik. In weiteren Resolutionen kritisierte der BUND den Verkauf von Staatswald und die zögerliche Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie.

Neben der Umwelt- und Naturschutzpolitik standen aber auch Ergänzungswahlen zum BUND-Lan-

desvorstand auf der Tagesordnung. Einstimmig wählte die Landesdelegierten Notburga Henke (Kreisgruppe Recklinghausen) und Holger Sticht (Kreisgruppe Köln) in das 10-köpfige Verbandsgremium. (dj)

Mehr Infos: www.bund-nrw.de

+++ kurz und bund +++

► Die BUNDjugend feiert

ihren 25. Geburtstag: Vor genau 25 Jahren erblickte die BUNDjugend NRW das Licht der Welt - und das muss gefeiert werden! Am 20. und 21. Juni 2009 heißt es im Marienhof in Hagen-Delstern „Picknick, Party und Prominenz“! Es wird ein buntes Programm rund um die Entwicklung der BUNDjugend von 1984 bis 2009 geben. Wir wollen feiern mit Ehemaligen, Aktiven und denen, die es werden wollen. Alle BUNDler und BUNDlerInnen sind herzlich eingeladen! Weitere Infos unter www.bundjugend-nrw.de/25-Jahr-Feier



G. Diethers

► **Handbuch Verbandsbeteiligung erschienen:** Um Pflanzen- und Tierarten zu schützen und Eingriffe in ihre wertvollen Lebensräume abzuwehren, sind fundierte Kenntnisse über das komplexe Umweltrecht, die fachlichen Grundlagen und die planerischen Instrumente erforderlich. Die beiden neu erschienenen Handbücher ‚Verbandsbeteiligung NRW‘ des Landesbüros der Naturschutzverbände bieten den in Planverfahren beteiligten VertreterInnen aus ehrenamtlichem Naturschutz, engagierten BürgerInnen, Behörden und Planern die Möglichkeit, sich einen kompakten Überblick über alle relevanten Vorschriften zu verschaffen. Die insgesamt etwa 1.400 Seiten starken Bände 1 und 2 kosten 69,- € für Private und 99,- € für Institutionen. Kreisanlaufstellen der Verbände erhalten das Werk zum ermäßigten Vorzugspreis. Mehr Infos und Bestellungen unter www.lb-naturschutz-nrw.de

► Jetzt neu: Der BUND NRW-

Jahresbericht 2008: 36 Seiten stark ist der Jahresbericht 2008 des BUND NRW. Er lässt noch einmal die BUND-Erfolge des vergangenen Jahres Revue passieren, zieht Bilanz und legt Rechenschaft über die Verwendung der Mitgliedsbeiträge und Spenden ab. Der Jahrsbericht steht als Download unter www.bund-nrw.de.



de zur Verfügung, kann aber auch in Einzelexemplaren kostenlos in der BUND-Landesgeschäftsstelle in Düsseldorf bestellt werden (T. 0211 - 30 200 5-0, bund.nrw@bund.net).



Neu im Landesvorstand: Der BUND-Landesvorsitzende Paul Kröfges begrüßt Notburga Henke (l.) und Holger Sticht (r.).

Foto: D. Jansen